Pfund's Condensirte Milch
in Dosen, ohne Zucker und Schwefel zu haben.
Beste Kindernahrung.
Als Kaffeezusatz billig und bequem.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Curt Heinsius Kgl. Hofl. Dresden-N., Tieckstr. 12 Fernsprech-Anschl. II, 2100. Mehrjährige Garantie. Kostenfreie Probe. 8 Mal prämiirt, 75,000 St. in Function
Geräuschlose Thürschliesser m. dopp. Luftentleerung, gewalts. Schliessen schadlos.
Simon's Annenhof Dresden. Vorzügliches Kitteistands-Hôtel für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen. Im Centrum der Stadt. Gutes Restaurant Bürgerl. Pilsner. Mässige Preise.
1. Tapeten-Specialgeschäft Dresdens F. Schade & Co. Victoriastrasse 2. Telephon I, Nr. 488.
Alle technischen Waaren von Gummi u. Asbest Dichtungen, Stopfbüchsen-Packungen, Schläuche, Walzen, Klappen, Wasserstandsgläser, Oeler liefert sofort Gummifabrik Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 36 Tel. 385
Das Putz- und Mode-Magazin J. M. Korschatz Altmarkt 6 Hoflieferant Altmarkt 6 Stroh- und Filzhutfabrik bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.
Das Geschäft von Bandagist und Orthopäd Carl Wendschuch, Königl. Hofl., befindet sich nicht mehr Trompeterstrasse 8, sondern nur noch Struvestrasse 11, zunächst der Pragerstrasse

Nr. 266. Spiegel: Wirren in der inneren Politik. Hofnachrichten. Association littéraire. Eisenbahnunfälle. Gerichtsverhandlungen. „Minna von Barnhelm". Sommernachtstraum". „Die Ueberzähligen". Plaudertasche. | Vermuthliche Witterung: Heiter, trocken. | **Dienstag, 24. Septbr.**

An die geehrten Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die **Bestellungen** auf das

vierte Vierteljahr 1895

bei dem betreffenden Postamte **sofort** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den **Kaiserl. Postanstalten** im Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und Abbestellungen, sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten", Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Einem Tohuwabohu gleicht wieder einmal die innerpolitische Situation. Mit mächtigen Fanfaren hat vor drei Wochen der Kaiser zum Sammeln und zum Angriff gegen die Umsturzpartei geblasen; aber bis jetzt ist noch nicht die geringste Veranstaltung zur Eröffnung des Feldzuges getroffen. Niemand rührt sich von der Stelle, Niemand kennt die Marschrichtung, und selbst nicht einmal Diejenigen, welche in dem Kampfe die Führung übernehmen sollen, scheinen sich bis heute klar darüber zu sein, wie die Campagne geführt werden soll. Inzwischen setzt die Sozialdemokratie mit ungeschwächten Kräften und mit glänzenden Erfolgen den Krieg gegen alle herrschenden Gewalten fort; mit hohnlächelndem Siegesbewußtsein feiert sie den Triumph, daß es ihr gerade jetzt, unmittelbar nach dem Aufrufe des Kaisers am Sedantage durch eine boshafte Taktik gelungen ist, ihre Gegner, die sich gegen sie sammeln sollen, so zu verhetzen, daß sie sich von dem gemeinsamen Feinde abwenden und sich in wüster Leidenschaft und mit fanatischer Gehässigkeit am liebsten unter einander zerfleischen möchten. So spotten die Führer des Umsturzes über den kaiserlichen Appell, indem sie ihn in sein gerades Gegentheil umkehren. Und wie jedes Mal in den letzten fünf Jahren, wenn das innerpolitische Chaos seinen Höhepunkt erreichte, die Mißwirthschaft der offiziösen und halboffiziösen Presse in üppigster Blüthe stand, so wird auch jetzt wieder einmal von dem Offiziösenthum arger Unfug getrieben. Krisengerüchte schwirren durch die Luft und die Blätter, welche in Berlin irgend welche Beziehungen zu den regierenden Kreisen haben oder zu haben vorgeben, sehen augenblicklich ihre Hauptaufgabe darin, sich auf Grund der „zuverlässigsten Informationen" gegenseitig zu widersprechen. Vor acht Tagen erklärten die „M. A. N." in der Lage zu sein, folgende „authentische" Mittheilung zu machen: Allen Ableugnungen zum Trotz sei auf Initiative höheren Orts hin eine gesetzgeberische Aktion gegen die Umsturzpartei und deren Bestrebungen für nahe bevorstehend zu halten, „weil sie eine schreiende Nothwendigkeit sei". Der Reichskanzler sei entschieden gegen ein Ausnahmegesetz; er wolle nur eine schärfere Beobachtung der Sozialdemokraten an der Hand der bestehenden Gesetze. Gleichzeitig versicherte der offiziöse „Hamb. Korr.", daß zwischen den maßgebenden Stellen Einverständniß darüber bestehe, daß eine neue Sozialistenvorlage dem Reichstage nicht gemacht werde. Auch die „Köln. Ztg." glaubte bestätigen zu können, daß zwischen dem Kaiser und dem Kanzler eine „völlige Uebereinstimmung der Ansichten" bestehe. Im strikten Gegensatze hierzu schrieb die „M. A. Ztg.": „Man braucht weder ein scharfsinniger Herzenskündiger, noch ein in die tiefsten Geheimnisse eingeweihter Hofmann zu sein, um mit absoluter Sicherheit sagen zu können, daß bezüglich der Bekämpfung der Sozialdemokratie die persönlichen Anschauungen des Kaisers nicht völlig mit denjenigen seiner amtlichen Rathgeber übereinstimmen. Das weiß Jedermann — und zwar aus der allerbesten und allersichersten Quelle; man braucht nur die bekannten Aeußerungen des kaiserlichen Herrn mit den Reden zu vergleichen, welche während der Berathung über die Umsturzvorlage vom Bundesrathstische des Deutschen Reichstages gehalten worden sind". Dagegen behauptete wiederum die „Nat.-Ztg.", der Kaiser habe sich keineswegs im Gegensatz zu dem Reichskanzler im Sinne eines Ausnahmegesetzes, das dem Reichstage vorgelegt werden solle, ausgesprochen. „Wir müssen", lassen sich darauf wiederum die „M. N. N." vernehmen, „und halten gegenüber allen platten Ableugnungen auf das Bestimmteste aufrecht, daß der Kaiser, neuerdings durch die elenden Beschimpfungen seines Großvaters von sozialdemokratischer Seite und durch andere Vorkommnisse gegen die Umstürzler noch tiefer aufgebracht, die Anwendung schärferer Mittel gegen Letztere und somit auch Repression durch die Gesetzgebung dringend wünscht. Aber schon jetzt ist gute Aussicht vorhanden, daß die ruhigen Vorstellungen des Fürsten Hohenlohe und anderer einflußreicher Persönlichkeiten den Kaiser von seinen betreffenden Plänen insoweit abbringen, daß dem Reichstage keine neue Umsturzvorlage zugehen werde." Schließlich stimmen dann die beiden Münchner Blätter darin überein, daß es so gut wie sicher gelte, daß von Reichswegen eine gesetzgeberische Aktion gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht in Vorschlag gebracht werden würde. Eine andere Frage sei jedoch die, ob vielleicht in einzelnen Bundesstaaten und namentlich in Preußen entsprechende Anträge bei den Landesvertretungen werden gestellt werden. Das eine Blatt hört auch, daß der Kanzler die Schaffung eines Vereinsgesetzes nach dem Muster des bayrischen für Preußen beabsichtigt.

Man ersieht hieraus, daß beinahe alle Möglichkeiten, die überhaupt denkbar sind, in der Presse ihre Vertretung finden; es fehlt eigentlich nur noch die Combination, daß zwar der Kanzler ursprünglich für eine gesetzgeberische Aktion gegen die Sozialdemokratie, der Kaiser dagegen gewesen sei, daß aber schließlich Beide übereinkommen seien, Alles beim Alten zu belassen. Jedenfalls steht soviel fest, daß zur Zeit endgiltige Beschlüsse über die Frage der Bekämpfung der Sozialdemokratie im Reiche und Preußen noch nicht gefaßt worden sind. Das ist freilich sehr zu bedauern. Die erneuten Kundgebungen des Kaisers gegen den Umsturz am 2. und 6. September bei dem Festmahle in Berlin und in Stettin hätten nicht erfolgen sollen ohne vorherige Besprechung mit den Rathgebern der Krone und ohne daß zuvor vollkommene Klarheit und Einheitlichkeit darüber zu Stande gekommen war, auf welchem Wege nunmehr der Sozialdemokratie entgegengetreten werden soll. Wenn jetzt wiederum den kraftvollen kaiserlichen Worten eine entsprechende Aktion nicht nachfolgen würde, so möchte die Gefahr entstehen, daß in Zukunft allerhöchsten Willensäußerungen nicht mehr die Bedeutung einer wirklichen Initiative, also nicht mehr derjenige Werth beigemessen wird, der ihnen zukommen muß, wenn ein starkes monarchisches Regiment bestehen soll. Dieses ist nur möglich, wenn der Wille des Trägers der Krone und der Wille der Regierung als ein einziger, festgeschlossener, einheitlicher Wille zur Erscheinung kommen. Eine ersprießliche parlamentarische Aktion wird von vornherein gelähmt, wenn der Eindruck erweckt wird, als decken sich die Absichten der Krone nicht vollständig mit denen ihrer verantwortlichen Rathgeber. Wenn innerhalb der regierenden Kreise selbst jetzt noch nicht einheitliche leitende Gedanken über die Bekämpfung des Umsturzes vorhanden sind, so möchte man fast der Befürchtung zuneigen, daß wieder einmal große Anläufe genommen worden sind, um sie nutzlos im Sande verlaufen zu lassen. Das wäre verhängnißvoll, weil es dazu beitragen würde, das Gefühl der Unüberwindlichkeit und den Uebermuth bei der Sozialdemokratie zu steigern und die verderbliche Wirrniß der Parteien, die gegen den Umsturz gesammelt werden sollen, zu vergrößern. Im Interesse der monarchischen Grundlage unseres Staatswesens muß dringlich gewünscht werden, daß wir endlich durch eine starke und entschlossene Regierung aus der innerpolitischen Zerfahrenheit herausgebracht werden, daß endlich wieder eine klare Lage und feste, gesicherte, berechenbare Verhältnisse geschaffen werden. Vorläufig liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß der Reichskanzler im Widerspruch zu seinen früheren Ansichten sich mit den Mitteln begnügen werde, welche die bestehende Gesetzgebung zur Abwehr der umstürzlerischen Propaganda an die Hand giebt. Fürst Hohenlohe hat im vorigen Jahre erklärt, daß die von seinem Vorgänger überkommene Umsturzvorlage das Mindestmaß des zur Bekämpfung der Umsturzbewegung Erforderlichen bezeichne, und ferner ist im Reichstage vom Bundesrathstische bemerkt worden, daß wieder zur Ausnahmegesetzgebung gegriffen werden müsse, wenn der Weg des gemeinen Rechts sich als ungangbar herausstellen sollte. Nach dem Scheitern der Umsturzvorlage sollte man daher annehmen, daß die Regierung sich nunmehr endlich offen zur Konsequenz dieser Ansicht bekennt und sich dadurch mit den letzten Kundgebungen des Kaisers in Einklang setzt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 23. September.

Berlin. Die Kaiserin reist heute Abend nach Grünholz ab. — Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf erhielt den Königl. Sächs. Orden der Rautenkrone. — Die „Nordd. Allg. Ztg." sagt: Die Wahl v. Kardorff's zeigt, daß die agrarische Bewegung keineswegs bereits im Verlaufen ist, wie vielfach, insbesondere von demokratischer Seite, behauptet worden ist. Umso unangebrachter muß daher der von dieser Seite der Regierung schon mehrfach ertheilte Rath erscheinen, sie habe, weil die agrarische Bewegung ohnehin im Verlaufen sei, nun nicht mehr nöthig, die zur Förderung der Landwirthschaft geplanten Maßnahmen zu beschreiten. Wer einen solchen Rath glaubt geben zu dürfen, thut es auf die Gefahr hin, das Vertrauen des Landes zur Regierung unhaltbar zu erschüttern, denn es handelt sich um ein bestimmtes Versprechen der Regierung, um ein Versprechen, das nicht von der agrarischen Bewegung erzwungen und von der Fortdauer dieser Bewegung abhängig ist, das vielmehr als Ausdruck der landesväterlichen Fürsorge Sr. Majestät auf Grund der Erkenntniß gegeben ist, daß die Lage unserer Landwirthschaft eine energische Aktion der Hilfeleistung fordert. — Offiziös wird geschrieben: Nach einer durch verschiedene Blätter laufenden Nachricht soll der Präsident der Reichsbank Wirkl. Geh. Rath Dr. Koch mit einem amerikanischen Zeitungsreporter eine Unterhaltung über die Währungsfrage gehabt haben. Abgesehen davon, daß die Aeußerungen des Ausgefragten bei solchen Gelegenheiten gewöhnlich ungenau wiedergegeben und nach Inhalt und Form tendenziös zugestutzt werden, sind jene Angaben mit umso größerer Vorsicht aufzunehmen, als der Präsident Dr. Koch sich seit länger als einem Monat auf einer Urlaubsreise in der Schweiz befindet, und aus ihnen nicht erhellt, wann und wo Herr Dr. Koch die ihm in den Mund gelegten Aeußerungen gethan haben soll. — Gegenüber der wiederholten Behauptung, daß dennoch eine Kanzlerkrisis bestanden habe, wird vom „Hamb. Korresp." versichert, an höchster Stelle habe zu keiner Zeit die Absicht geherrscht, sich im Reichstage mit gesetzgeberischen Maßregeln gegen die Sozialdemokratie zu befassen. — Im hiesigen Königl. Amtsgericht I stand heute wegen Zwangsvollstreckung der Termin zur Versteigerung des im Grundbuche der Friedrichstadt auf den Namen des Herausgebers Wilhelm Freiherrn v. Hammerstein mit 23,000 M. Gebäudesteuernutzungswerth eingetragenen, in der Zimmerstraße 92/93 gelegenen Grundstücks an. Ersteher des Grundstücks für das Meistgebot von 603,100 M. wurde ein hiesiger Kaufmann. Die Hypothekenlast beträgt 731,600 M., es sind somit Hypotheken im Betrage von 128,500 M. ausgefallen.

Berlin. Mitte Oktober tritt der Kolonialrath zusammen, um über die Landfrage (Vorschriften über den Verkauf von Regierungsland), Aufhebung der Hausklaverei und Schutzknechtschaft) zu beschließen.

Hamburg. Bei der Distanzradfahrt Hadersleben-Hamburg, 250 Km., wurde Uren-Hamburg mit 9 St. 24 Min. Sieger. Wegandt-Kiel stürzte beim Ziele und wurde lebensgefährlich verletzt. — Der bisherige preußische Gesandte in Hamburg, v. Kiderlen-Wächter, ist für den Kopenhagener Gesandtenposten in Aussicht genommen.

Kiel. Ingenieur Ehrhorn von der Germania-Werft wurde verhaftet, weil er verdächtig ist, den Brückeneinsturz, bei welchem 14 Arbeiter um's Leben kamen, verschuldet zu haben. Ehrhorn wollte sich einen Paß für das Ausland verschaffen, worauf die Staatsanwaltschaft den Haftbefehl erließ.

Köln. Die „Köln. Ztg." meldet aus Petersburg: Ein Leitartikel des „Herold" über Frankreichs militärische und politische Wiedergeburt weist ausdrücklich daraufhin, daß Fürst Lobanow seine Reise nach Frankreich keineswegs als gewöhnlichen Urlaub oder nothwendige Badereise bezeichnet habe. Ferner wird betont, zahlreiche russische Kreise erwarteten diesmal bestimmt den Abschluß eines französischen Trutz- und Schutzbündnisses. Auf der Rückreise werde Fürst Lobanow in Berlin Aufenthalt nehmen. — Der Verhaftung des französischen Paares wegen Landesverraths wird große Bedeutung beigemessen, weshalb die Staatsanwaltschaft im Interesse der Allgemeinheit sowie einer gründlichen Untersuchung jede Auskunft bis zur Stunde verweigert. Man glaubt durch die Verhaftung der beiden Personen einer ganzen Gesellschaft von Landesverräthern auf die Spur zu kommen.

Kassel. Unter zahlreicher Betheiligung begannen heute Vormittag die Verhandlungen der Hauptversammlung des Verbandes deutscher Gewerbevereine. Es waren etwa 80 Delegirte von Gewerbevereinen und Gewerbekammern aus allen Theilen Deutschlands anwesend. Auch der Verband deutscher Gewerbeschulmänner und der schweizerische Gewerbevereins-Verband hatten Delegirte entsendet. Der Vorsitzende begrüßte die Delegirten, indem er der Meinung Ausdruck gab, daß nur auf dem Boden der Gewerbefreiheit Gewerbe und Handwerk gedeihen könnten. Der Verbandstag stellte weiter in einer Resolution die Forderung, daß über die von der Berliner Handwerkerkonferenz gemachten Vorschläge, betreffend die Schaffung einer Zwangsorganisation, das gesammte deutsche Handwerk und nicht bloß ein kleiner, in Innungsverbände zusammengefaßter Theil desselben gehört werde. Der Verbandstag sprach sich einstimmig für die Schaffung eines gesetzlichen hypothekarischen Sicherungsrechtes aus, das mit dem Tage des Baubeginns für alle Diejenigen in Wirkung treten soll, die zu einem Bau Material geliefert oder Arbeiten geleistet haben.

Trakehnen. Hier verlautet, die Kaiserin werde in den ersten Oktobertagen ebenfalls hier eintreffen, um als Amateurphotographin ihre Photographien-Sammlung durch hiesige Aufnahmen zu vermehren.

Wien. Gestern fand hier wieder eine sozialdemokratische Massendemonstration zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts statt. Die Polizei schritt scharf ein, und es kam zu erregten Scenen. Als die Arbeitermasse unter Hochrufen und Singen aus dem Prater zog, stand auf dem Praterstern ein starkes Aufgebot der Polizeiwache zu Pferde und zu Fuß, um die Arbeiter zu verhindern, durch die Praterstraße und über den Ring vor das Parlament zu ziehen. Die Arbeiter versuchten den Polizeicordon zu durchbrechen, worauf berittene Schutzleute in die Masse einsprengten. Es entstand eine wilde Flucht und Panik, die Polizei wurde zurückgetrieben und erneuerte nochmals den Angriff, trotzdem gelang es dem größten Theile der Arbeitermasse, in die Praterstraße einzudringen, auch auf den Ring zu gelangen. Der Arbeiterzug kam bis zum Parlament; dort war die Ringstraße ganz abgesperrt, und die Arbeiter mußten durch Seitenstraßen abziehen. Erst einem späteren Zuge, der unvermuthet nachkam, gelang es, durch Singen und Rufen vor dem Parlament zu demonstriren.

* **Wien.** Die heutige in vollster Ruhe verlaufene Gemeinderathswahl im zweiten Wahlkörper ergab 32 Mandate für die Antiliberalen und 14 für die Liberalen. Bisher verfügen die Antiliberalen über 78 von 138 Sitzen.

Banffy Hunyad. Heute begannen in Anwesenheit des Kaisers Franz Josef die großen Siebenbürger Manöver, an denen die Militärattachés Deutschlands und Italiens theilnehmen.

Paris. Die Einführung neuer Goldminen auf dem Terminmarkt soll bis zum Jahresende verboten werden.

Paris. Wie verlautet, einigten sich Lobanow und Hanotaux auch über die Modalitäten, unter denen der Präsident Faure seine projektirte Reise nach Moskau zur Krönung des Czaren antreten werde. Faure wird sich darnach in Havre oder Brest auf einem französischen Geschwader einschiffen und unter Umgehung des Kaiser-Wilhelmkanals über Kopenhagen, wo der dänische Hof besucht werden soll, nach Petersburg und von dort nach Moskau begeben. In beiden Städten wird Faure in einem kaiserlichen Palast wohnen. Auf der Heimreise, die wieder zu Wasser stattfindet, dürften dann auch der schwedische und holländische Hof besucht werden.

Rom. Bei der Rückkehr des Königspaares von der Enthüllungsfeier des Cavour-Denkmals lief ein Leutnant dem königlichen Wagen nach. Es gelang ihm, sich an dem Wagen an der Seite, wo die Königin saß, anzuklammern. Die Königin erschrak heftig, der König und der Prinz von Neapel sprangen zu ihrer Vertheidigung auf, doch schon hatten vom Wagen gesprungene Diener und Leute aus der Menge den Leutnant ergriffen, der unter fürchterlichen Krämpfen zu Boden fiel. Seine ihm folgende Mutter, bat ihn zu schonen, er leide an Epilepsie und wisse in seinen Anfällen nicht, was er thue. Er wurde mittelst Wagens nach dem Hospital gebracht. Wie sich später herausstellte, hatte der Offizier weiter keine Absicht, als den König um Schutz der Thiere zu bitten.

Venedig. Einem hiesigen Blatte zufolge fände im Oktober eine Zusammenkunft des deutschen Kaisers mit dem König von Italien in Monza statt. Fürst Hohenlohe und Crispi würden derselben beiwohnen.

Antwerpen. In das dem Gutsbesitzer Bülo gehörige Schloß Kessel drangen 4 maskirte Räuber, ermordeten Bülo, seine Frau und Kinder und schleppten viele Werthgegenstände und eine große Summe Geldes mit sich. Die Räuber sind verhaftet.

Belgrad. Ein hiesiges Blatt behauptet, die Werbung des Königs Alexander um die Hand der Prinzessin Helene, der Tochter des Großfürsten Wladimir, sei vollzogene Thatsache. Großfürst Wladimir habe zugestimmt, nur die Zustimmung des Czaren Nikolaus als Chefs der Familie stehe noch aus. Da die Prinzessin erst 13 Jahre alt ist, soll die Hochzeit in zwei Jahren stattfinden.

Weingrosshandlung H. Schönrock's Nachfolger
Dresden: Wilsdrufferstr. 11 u. Werdenstr. 27. Chemnitz: Neumarkt, Ecke Moritzstr.
Detailverkauf und Probirstuben bei dem Gr. Hofstallamt.